

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 10 Pf. pro Nummer. Ein Jahr 120 Pf. Vorabnahme 10% ermäßigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Anzeigen werden nach Wichtigkeit geordnet. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Im Falle der Übernahme der Verantwortung durch den Abnehmer wird eine entsprechende Erklärung mit dem Bestellschein beifolgt.

Angewandte: Die 8 gelben Nummern 20 Pf., die 4 gelben Nummern der amtlichen Bekanntmachungen 50 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Anzeigen werden nach Wichtigkeit geordnet. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. Im Falle der Übernahme der Verantwortung durch den Abnehmer wird eine entsprechende Erklärung mit dem Bestellschein beifolgt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rosfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 213. — 86. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 12. September 1927

Klärung.

Die Völkerbundtagung hat ihren Höhepunkt erreicht. Nach den Wirnissen der letzten Tage ist eine gewisse Klärung eingetreten. Man kann von einem Nachlassen der Unruhe sprechen, die durch die Ankündigung des holländischen Außenministers und durch die verschiedenen polnischen Vorkläre in die Versammlung hineingetragen worden war. Das hat der deutsche Außenminister mit seiner großen Rede bewirkt. Das trat augenfällig in die Erscheinung, als der polnische Vertreter Sjalow zur allgemeinen Überraschung nicht etwa die letzte polnische These verteidigte, die wegen ihrer allzu schlichten Offiziosität abgelehnt war, sondern warme Worte für die Resolution fand, die die Rechtsvertreter der Locarno-Mächte aus der ersten polnischen Anregung gemacht hatten und die so großes Unbehagen in Warschau hervorgerufen hatte. Damit hat Polen jetzt indirekt das zugegeben, was es bisher immer nicht anerkennen wollte, daß durch die Locarno-Verträge eine genügende Sicherheit für ganz Europa geschaffen ist.

Die damit zur Aussprache gestellte Resolution enthält eigentlich nur Selbstverständlichkeiten, die in einer Völkerbundversammlung nicht erörtert zu werden brauchen; soll doch gerade das, was die Resolution erstrebt, die Verhinderung von Angriffskriegen und Gewalttaten der Völker untereinander, mit die Hauptaufgabe des Bundes sein. Nicht mit Unrecht konnte deshalb der italienische Vertreter Scialoja sie als überflüssig zurückweisen. Aber immerhin ist es gut, daß man sich einmal offen darüber ausspricht. Erhebt man dann doch daraus, wie wenig eigentlich der Völkerbund bisher in dieser Beziehung geleistet hat, so daß man zu den Hilfsmitteln der Locarno-Verträge greifen mußte. Es wäre erfreulich, wenn besonders auf dem Gebiete der Abrüstung nun endlich einmal ein schnelleres Tempo eingeschlagen würde. Auch dafür kann Stresemanns Rede ein Wegweiser sein.

In Deutschland dürfte Stresemann besonders darin Zustimmung finden, als er vor dem Völkerbunde es unterließ, daß, wenn ein Volk die Sicherheit nötig habe, dies Deutschland sei, wo ein wachsendes Volk auf enger gewordenem Boden sich zu erhalten wünsche und deshalb nicht nur mittelbar, sondern Vorkämpfer sein wolle auf dem Wege zum allgemeinen Frieden. Um zu zeigen, daß Deutschland darin nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten vorangehen wolle, erklärte schließlich der Außenminister, wobei er die Versammlung aufhorchen machte, daß Deutschland noch in dieser Session die im Völkerbundstatut enthaltene Schiedsgerichts-Klausel unterzeichnen wolle. Eine Pflicht dazu besteht nicht. Die Unterzeichnung ist vielmehr jedem Mitgliede ausdrücklich freigestellt. Ebenso ist es gestattet, gewisse Bedingungen an die Unterschrift zu knüpfen. Auch darauf hat Deutschland verzichtet und sein Schicksal jetzt vollständig in die Hände des Völkerbundes und damit des Friedensgedankens gegeben.

Die Bedeutung des deutschen Schrittes liegt hauptsächlich auf moralischem Gebiete. Niemand kann jetzt Deutschland mehr vorwerfen, daß es ihm mit seinen Friedensbeteuerungen nicht ernst ist. Es kann jetzt ruhig alle Verordnungen ablehnen, die es zu neuen Sicherheitspakten verpflichten wollen. Aber noch eins ist hervorzuheben. In Völkerbundkreisen, namentlich von den kleineren Mächten, wird darüber getagt, daß sich die Großmächte in einem gewissen Gegensatz zu ihnen stellen. Ein Teil dieser kleineren Mächte hat nun diese Klausel schon unterzeichnet, aber noch niemand von den Großmächten, wenigstens nicht vorbehaltlos. So stellt sich Frankreich die Bedingung, daß gleichzeitig auch das Genfer Protokoll in Wirksamkeit treten müsse. Da das insolge Widerstandes Englands kaum geschieht, so ist die französische Erklärung so gut wie nicht abgegeben. Deutschland war also die erste Großmacht, die hier bahnbrechend wirkte.

In der deutschen Öffentlichkeit wird vielfach der deutschen Abordnung vorgeworfen, daß sie die Frage der Rheinländeräumung nicht offiziell anspricht. Vielleicht wäre man hier uns mit den verschiedenen Werten und Werten gekommen. Ganz besonders hätte man die Frage der Sicherheit als noch nicht genügend geklärt bezeichnet. Alle solche Ausreden müssen jetzt angesichts der Stresemannrede wirkungslos werden. Briand hat seinerzeit selbst auf das große psychologische Opfer hingewiesen, das Deutschland mit der Unterzeichnung der Locarno-Verträge brachte. Jetzt hat Deutschland zu diesem Opfer noch ein größeres hinzugefügt. Der letzte etwaige Einwand gegen die Rheinländeräumung ist damit gefallen. Soweit Deutschland in Betracht kommt, ist der andere Sicherheit verbürgt. Es kann deshalb noch mehr als bisher fordern, daß nun endlich das Rheinland frei wird und die anderen abstrafen, sollte doch Deutschlands Entwaffnung nur der Missetat zum allgemeinen Niedertreten der Waffen sein.

„Stolz von Detroit“ in Shanghai.

Shanghai. Die Wilsdruffer Brock und Schlee sind im Flugzeug „Stolz von Detroit“ hier eingetroffen. Die Frau des Hrn. Brock hat ihren Mann in einem nach Tokio gelaufenen Telegramm, nicht über den Stillen Ozean zu fliegen, sondern in einem Schiff nach Vancouver zu fahren.

Briands und Chamberlains Völkerbunds-Reden.

Rede Briands in Genf.

Sein Vertrauen in den Völkerbund.

Der Höhepunkt der jetzigen Völkerbundversammlung ist überschritten. Nach Dr. Stresemann nahm Frankreichs Außenminister Briand das Wort zu einer Rede, die gleichsam als eine Antwort auf die Ausführungen Dr. Stresemanns anzusehen ist. Zu Beginn seiner Darlegungen versprühte er alle Ausführungen, die gegen die Arbeit des Völkerbundes oder einzelner seiner Organe bisher vorgebracht worden waren. Dabei nahm er an vielen Stellen einer Rede Bezug auf die „mutige und edle“ Rede von Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Im einzelnen führte Briand aus, er habe sehr genau alle Nuancen der Rede Dr. Stresemanns verstanden, die auf die natürlichen und begreiflichen deutschen Wünsche Bezug hatten, und er wisse den Mut zu würdigen, den es erfordert hätte, diese Rede zu halten. (Beifall.) Auch er verkenne nicht, daß eine etwas schwere und pessimistische Atmosphäre bestanden habe. Aber sie sei nun zerstreut. Er wolle darauf hinweisen, was der Völkerbund vor einem Jahr gewesen und was er heute sei. Seit dem Eintritt Deutschlands, das nunmehr den Platz innehat, der ihm gebührt, so unterstrich Briand, sind wir zusammengeflohen zu einer einzigen großen Familie, verbunden zur Überwindung aller Hindernisse in großer Loyalität.

Diese Hindernisse führte Briand nacheinander auf: Sicherheitsfrage, Abrüstungsproblem, ökonomische Schwierigkeiten. Auch er würdigte dabei die Leistungen der Weltwirtschaftskonferenz, Wirtschaftliche Konflikte führen naturgemäß einig Tages auch zu blutigen Konflikten. Die freie Aussprache auf der Erde des Völkerbundes sei das Mittel, um auf allen Gebieten Mißstände zu beseitigen und Vertrauen zu schaffen. Daß diese Wirkung vorhanden sei, habe sich ihm hart ausgeprägt bei der vorangegangenen Aussprache, von der man ja zunächst auch das Empfinden gehabt hätte, daß sie denen Argumente liefere, die außerhalb dieser Organisation auf jedes Schwächereichen des Völkerbundes lauern. „Die Tatsache“, so rief er aus, „daß wir für unsere Beschlüsse die Bildung einer Einmütigkeit brauchen, ist die stärkste Stütze für das Vertrauen, für die Festigung, für die Schaffung des Vertrauens in den Völkerbund. Dieses Vertrauen haben die Völker bereits; sie verlangen mit Recht, daß unsere Debatten nicht Scheinmänner sind.“

Briand ironisierte dann die vorgebrachten Bedenken gegen Konvention einzelner Mächte. Er erinnerte an die Überwindung der Kriegsgefahr im vorigen Jahr, an die Schwierigkeiten der Aufnahme Deutschlands und an das große Ergebnis des Augenblicks, wo mit seinem Einzug der Erfolg erreicht war. „Das alles ist nicht ohne diplomatische Einzelverhandlungen möglich und es ist ganz falsch, die Großmächte deswegen zu verdächtigen, so daß sie schließlich sich dafür entschuldigen müßten, daß sie Großmächte sind.“ Gleichfalls nicht ohne Ironie trat er dem Vorwurf wegen des Überwiegens der Diplomaten entgegen. Den hier anwesenden Außenministern seien alle Nachteile bekannt, die ihnen persönlich durch die innere Politik einkünften — Nachteile, die während ihrer Abwesenheit von Hause nicht gerade zu verschwinden pflegten. Dann kam Briand auf die Abrüstung zu sprechen. Frankreich lenne seine Verpflichtungen und insbesondere diejenigen des Artikels 8 und betrachte sie als eine heilige Pflicht. Mit der ihm eigenen bildhaften Darstellungskunst begründete Briand die Hemmnisse auf dem Wege zur Erfüllung aus der Psychologie der Völker, die den Krieg erlebt hätten.

Geheimrat Kast Mitglied der Mandatskommission.

Geheimrat Kast, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichverbandes der Deutschen Industrie, wurde vom Völkerbundrat in abheimer Sitzung zum deutschen Mit-

Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die neue Besoldungsreform.

Magdeburg, 11. September.

Vor Tausenden von Teilnehmern wurde hier die mitteldeutsche Beamtenversammlung in Anwesenheit von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden durch einen Begrüßungsabend eröffnet. Vizepräsident Hansmann-Magdeburg bezeichnete es in seiner Begrüßungsansprache als die Aufgabe des Staates, den hohen Pflichten der Beamten die entsprechenden Rechte anzuzuerkennen, und begründete es als erfreuliches Zeichen, daß der Reichsfinanzminister persönlich an der Tagung erscheint, um Mitteilungen über die neue Besoldungsreform zu machen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

sprach am Sonntag gegen Mittag in der Stadthalle unter Köhler Spannung.

glied der Mandatskommission ernannt. Ludwig Kast ist aus dem bayerischen Landesdienst hervorgegangen. Er war in den Kolonien tätig; als Bezirksleiter in Windhof, später bis 1910 Hilfsarbeiter im ehemaligen Reichskolonialamt. Von 1911 bis 1920 war er als Regierungsrat des Generalgouvernements Windhof tätig. 1920 wurde er Geh. Regierungsrat im Wiederaufbauministerium, 1921 Ministerialrat im Reichsfinanzministerium. Im März 1925 ist er auf eigenen Wunsch ausgeschieden, um zum Reichsverband der deutschen Industrie überzugehen.

Chamberlain spricht in Genf.

Keine Rückkäuflichkeit des Völkerbundes.

Der englische Außenminister bezog sich in seiner Ansprache auf die zwischen Dr. Stresemann und Briand ausgetauschten Reden und unterstrich deren Bedeutung, wobei er beide als Vorkämpfer des Friedens von höchstem staatsmännischen Niveau und persönlichem Mut bezeichnete. Auch er hörte räumen von der Rückkäuflichkeit des Völkerbundes. Er sehe nichts davon in der Wirklichkeit. Den Vorwurf der Sonderbildung innerhalb des Rates weist er zurück. Es gebe hier keine anderen Zusammenkünfte als zwischen Briand, Stresemann, Bander veld, Scialoja und ihm selbst, und diese Zusammenkünfte gelten nicht den Staatsgeschäften, sondern ihren eigenen Angelegenheiten, sowie sie sie ohne den Rat der Mitglieder erhalten bleibe. Zur Abrüstung gelte, wie er französisch zitierte, „nicht davon reden, sondern durch Taten beweisen“. England habe sofort nach Kriegsende eine Armee unter den Vorkriegsstand herabgesetzt, sein Militärbudget von Jahr zu Jahr vermindert, und wenn es für seine so vielen, so zerstreuten, so schwer zu schützenden Lande mehr getan hätte, wäre das unverantwortlich gewesen.

Das Genfer Protokoll lehne er nach wie vor ab, und nur mangelndes Verständnis für die besonderen Hindernisse, die für England beständen, ließen andere diese Forderung wieder aufnehmen. Der Völkerbundpakt lege fest und zu ihm müsse man Vertrauen haben. Daneben gäbe es Locarno, ein System von Verträgen, das gestern wie heute als Bürgschaft für den Frieden in West und Ost mit Recht bezeichnet worden sei. Er wolle keinen Aberglauben aus dem Völkerbund hervorgehen sehen, sondern ihn organisch aus sich selbst entwickeln, und gebe mehr auf den moralischen Eindruck von Reden, wie sie zwischen französischen und deutschen Delegierten hier ausgetauscht worden seien, mehr auf freiwilliges und gegenseitiges Einverständnis, als auf eine Häufung sensationeller Schritte. Auch eine Eile wachse nun langsam, um stark zu werden, und der Völkerbund sei ein organisches Wesen gleicher Art.

Die Rede Chamberlains fand lebhaften Beifall. Nach ihm sprach als zweiter Redner Ramon Caballero (Paraguay), der sich fast ausschließlich mit der Frage des internationalen Rechts befahte.

Abänderung des holländischen Antrages.

Vor Schluss der Sitzung erklärte der holländische Außenminister Deelaert van Blokkland, die Rede Chamberlains habe ihn zu der Überzeugung gebracht, daß der Text seines Antrages zu Rippenverhandlungen Anlaß geben könnte, und er ändere ihn deshalb in dem entscheidenden Teile dahin ab, daß die Bezugnahme auf das Genfer Protokoll ganz fortfällt und dafür die Wendung gesetzt wird, daß das Studium der Grundsätze für Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung, wie sie im Völkerbundpakt niedergelegt seien, wieder aufgenommen werden soll. Der polnische Entschließungsentwurf wurde von der Versammlung auf Antrag des Prääsidenten an den dritten Verhandlungsausschuß überwiesen.

Dr. Köhler erklärte, daß die Regierung im Februar versprochen hatte, die schon mehrfach gegebenen Zusicherungen zur erhöhten Bezüge für die Beamten einzulösen. Heute will die Regierung nun dieses Versprechen wahr machen. Die Reichsregierung habe den von ihm vorgelegten Entwurf im ganzen genehmigt.

Der Minister gab sodann ein Bild von der Entwicklung der Besoldungsordnung, um dann zu der jetzigen neuen Regelung zu kommen. Seit 1924 sei nichts Durchgeführtes mehr in der Besoldungsregelung geschehen. Der Abstand zwischen der Besoldung und der Teuerung der Lebenshaltung wurde immer größer. Absehbare Hilfe war also für die Beamtenfamilien erforderlich. Es ist der Beamtenschaft nur bei reichhaltiger Lebensführung möglich, auszukommen, Rücklagen zu machen ist unmöglich.

Dies wissen wir, aber das ganze deutsche Volk muß das wissen. (Großer Beifall.) Das muß himmudringen bis in das erste Haus.

Was wäre in der bewegten Zeit aus dem Staat gekommen, wenn der Beamte nicht voll seine Pflicht getan und Unvergütliches für das deutsche Volk geleistet hätte. Derselbe Stand war es, der nach der Stabilisierung der Währung durch die ihm anvertrauten Staatsbedienten einen erbeblichen